

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Geheime jeden Mittwoch und Sonnabend,
Wochentagszeitlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 046 St.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Werks- und Gewerkschafts-
verbände
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Gesamt-Verein).
Berlin N.O. 33, Greifswalder Straße 221/223.

Ausgaben pro Seite:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt 5 Pf. i. d.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 55.

Berlin, Sonnabend, 13. Juli 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein neuer Anfang! — Eine Fahrkartensteuer für die 4. Klasse. — Die vorläufige Einschränkung der Arbeitsleistung. — Politische Regierung eines Staatsarbeiter. — Allgemeine Ruhstau. — Gewerkschafts-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Ein neuer Anfang?

Noch immer steht der Rücktritt des Grafen Bojadowsky von seinem Amt als Staatssekretär des Reichsamtes des Innern mit im Vordergrunde der öffentlichen Erörterungen. Man sieht daran, eine wie markante Persönlichkeit der Graf im Range gewesen ist. Von Tag zu Tag werden auch neue Gründe angegeben, die die Amtsniederlegung des Ministers der Sozialpolitik veranlaßt haben sollen. Und wenn man den verschiedenen Gerüchten Glauben schenken darf, dann bedeutet die Veränderung im Reichsamt des Innern mehr als einen Wechsel der Personen; dann ist zu befürchten, daß auch ein Wechsel im System geplant wird. Wir haben niemals Zweifel darüber gelassen, was uns vom Grafen Bojadowsky trennt. Wir haben aber zu geben müssen, daß er für die Sache der Arbeiter wenigstens Verständnis besaß und vielleicht mehr geleistet hätte, wenn nicht von anderer Stelle aus fortwährend gebremst worden wäre. Jetzt hat es den Anschein, als wenn der Rücktritt Bojadowskys denkbar erfolgt wäre, weil er manchen noch zu sozialreformerisch erscheinen ist, und als ob man das Tempo in der Sozialpolitik noch mehr verlangsamte wolle.

Vor einigen Tagen brachte der nationalliberale „Hannov. Kurier“ längere Ausführungen, in denen geschildert wurde, mit welchen Schwierigkeiten Graf Bojadowsky zu kämpfen hatte, wie ihm nicht allein seitens seiner Kollegen, sondern seitens der rechtsstehenden Parteien fortwährend Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden. Es heißt da u. a.:

„Der Sturm berührte ich dann ein wenig, um von neuen Entfacht zu werden, als bei Gelegenheit der Berliner Heimarbeiterausstellung Graf Bojadowsky sein Mitgespieler mit dem hier offenbartem Eindruck ausprägte und von der offiziell partizipanten Einigung redete. Damals meinte Herr Döhring im Abgeordnetenhaus: man dürfe die Ergebnisse der Ausstellung an sich nicht allgemeinieren, was ein Sieg gegen den Grafen Bojadowsky sein sollte; wie denn überhaupt die Opposition gegen ihn auf der Seite des preußischen Ministerkollegs immer wirksame Förderung fand.“

Es ist eine Verderbnis der Tatsachen, die durch häufige Wiederholung noch nicht zur Wahrheit wird, wenn man jetzt erzählt: Graf Bojadowsky habe mit dem Blod nicht zusammenarbeiten wollen. Aus dem Munde des Aufsichtsratesen, den die Unkenntlichkeit der öffentlichen Meinung schützte, hörten wir das Wort: „Man will nicht, daß die wahren Gründe bekannt werden“. Die wahren Gründe, die zu zwei Dritteln, wie wir vermuten, auf persönlichen Scheitern lagen und zu einem Drittel trotz aller schönen Gelübde wohl auch auf sozialpolitischen Gründen. Denn wie wäre sonst das Gesicht zu erklären: es sei doch wohl kein Schade, wenn läuftiglich die Reaktionen und die schlechte Behandlung der Industrie durch inneren Staatssekretär aufhorten?“

Das heißt also mit anderen Worten, daß die sozialpolitischen Anschaufungen des Grafen Bojadowsky zu einem wesentlichen Teile mit seinem Rücktritt verschuldet haben. Diese Behauptungen finden eine wirksame Stütze in einer Broschüre, die dem „Leipziger Tageblatt“ von einer angeblich mit den Betriebsräten vertrauten Seite“ zugegangen ist. Danach hätte zwischen dem Reichsanziger und dem Grafen Bojadowsky zu keiner

Zeit eine wirkliche Sympathie bestanden. Bojadowsky sei von Anfang an dem Reichsanziger als ein nicht genauer Konkurrent erschienen und nur seine geistige Überlegenheit und die daraus resultierende Unentbehrlichkeit hätten ihn so lange in der Stellung gehalten. Vom Fürsten Bülow wird erzählt, daß er für die inneren Vorgänge immer nur ein platonisches Interesse bewiesen habe.

Wenn das alles richtig ist, so wären tatsächlich die Aussichten der sozialen Reform überaus trübe, und die Möglichkeit eines neuen Kurses wird denn auch von vielen Seiten nicht für ausgeschlossen gehalten. Selbst die „Soziale Praxis“, deren Herausgeber Professor Dr. Brande sich mit dem Reichsanziger früher sehr gut stand, hat lebhafte Befürchtungen für die Zukunft der Sozialpolitik geäußert, und manche Erichungen der neuesten Zeit sind in der Tat geeignet, schwere Bedenken wachzurufen. Daß vor allen Dingen die auffällige Begünstigung der sogenannten gelben, von den Scharmütern aller Art gefürbten Gewerkschaften wieder im Fürsten Bülow. Es ist kein Zufall, daß diese gemeinschädlichen Gebilde, die jeder gefundene Arbeitserwerbung ein schweres Hindernis sind, in jeder Beziehung von den Regierungsbürokraten verhöhlt werden, lediglich deswegen, weil sie sich als Kampforganisationen gegen die Sozialdemokratie appräsentieren. Das ist ein bedenkliches Zeichen. Auffallend ist es aber dann weiter, daß die Scharmüthen aller Schatterungen gerade jetzt mehr denn je auf dem Blane sind, um gegen die Sozialreform mobil zu machen. In einem Artikel: „Wer bezahlt es?“ rechnet die reaktionäre „Schles. Zeit.“ aus, daß jetzt im Deutschen Reich 1/4 Milliarde und ein halbes Hundert Millionen jährlich auf die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall und Invalidität ausgehen. Das steige von Jahr zu Jahr und „werde bald die Kosten unserer Armee überflügeln.“

Das sind Wetterzeichen, die erkennen lassen, daß die Scharmüthen Morgenlust wittern. Sie halten ihre Zeit für gekommen und suchen das Eisen zu schmieden, so lange es warm ist. Hätten sie nicht die Überzeugung, daß jetzt der geeignete Moment ist, so würden sie nicht von allen Seiten mit ihren arbeiterfeindlichen Plänen und Gedanken herausdrücken. Nun, die Wiedereröffnung des Reichstages wird sich ja bald zeigen, woher der Wind weht. Eine Fülle sozialpolitischer Fragen hält ihre Löfung. Die Einführung des gesetzlichen Gehaltsuntentages für Frauen ist für die allmähliche Zeit in Aussicht gestellt worden. Die Umarbeitung und Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgesetze sollte ebenfalls in absehbarer Zeit vorgenommen werden. Wir erwarten ferner an das Reichs-Bundesgesetz, daß dem Reichstag bald vorgelegt werden soll. Und so gibt es noch eine Reihe anderer Fragen, deren heiliger Erledigung man in Arbeiterräten mit Spannung entgegensteht.

Wenn Fürst Bülow und der neuernannte Staatssekretär von Behmann-Hollweg gewillt sind, in den Bahnen des Grafen Bojadowsky weiter zu wandeln, so haben sie Gelegenheit genug, dies durch Taten zu beurtheilen. Sitzt nicht in der kommenden Geschäftsbuchperiode eine energische sozialpolitische Tätigkeit ein, so dürfte damit der Beweis erbracht sein, daß die Scharmüthen recht haben, die im

Wechsel der Personen in der Leitung des Reichsamtes des Innern auch einen Wechsel im System erblicken. Das könnte aber verhängnisvoll werden für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes.

L. L.

Eine Fahrkartensteuer für die 4. Klasse.

Der „Berliner Volksanzeiger“ soll in Ungnade gefallen sein. Während er bisher die einzige Zeitung war, die dem Kaiser als Zeitung diente — sonst werden ihm nur Zeitungsausschnitte vorgelegt — soll er jetzt durch die „Tägliche Rundschau“ verdrängt werden. Vielleicht ist es der Ärger über diese Zurücksetzung, die das Scherblatt zu der Meldung veranlaßt hat, daß man sich in Regierungskreisen mit dem Gedanken traut, falls das Ergebnis der Fahrkartensteuer auch in der jewigen Reisezeit unabreidig bleibt, auch die 4. Klasse von einem gewissen Betrage ab zur Fahrkartensteuer heranzuziehen, um einer weiteren Abwanderung aus der 3. in die 4. Klasse möglichst vorzubeugen. Von anderer Seite wurde freilich mitgeteilt, daß von dem angegebenen Blau wieder im Reichstag noch im preußischen Finanz- oder Eisenbahnamministerium das mindeste bekannt sei. Indessen der „Volksanzeiger“ hat sich bisher in derartigen Fragen leider noch immer gut unterrichtet gezeigt, und die Lektüre, das ähnliche Mitteilungen auch von anderen Zeitungen gebracht wurden, läßt es doch ratsam erscheinen, die Sache im Auge zu behalten. Denn schon öfter sind Bläue, die durch die Unvorsichtigkeit eines ausfragenden Journalisten ausgeplaudert worden sind, nachher trotz vorhergegangener Dementierung im Parlamente wieder aufgetaucht.

Die ganze Angelegenheit fordert dringend zu einer Kritik heraus. Als vor einem Jahre, bevor die Fahrkartensteuer noch eingeführt war, darauf hingewiesen wurde, daß dieselbe schädlich wirken und höchstens eine Abwanderung in die unteren Klassen zur Folge haben werde, da lädt man einfach über diesen Einwand. Ja, ein höherer Eisenbahnbemüter glaubte ihn sogar damit abzuwenden, daß er erklärte, die Reisenden der 3. Klasse würden schon deswegen nicht in die 4. Klasse gehen, weil das Blaue seien. Er selbst sei einmal 4. Klasse gefahren und sofort hätte er welche gehabt. Nun, die Erfahrung zeigt, daß das große Publikum anderer Meinung ist als dieser Beamte. Die Abwanderung nach der 4. Klasse ist eine derartige gewesen, daß jetzt offenbar die Regierung deshalb zu einer Besteuerung auch dieser niedrigsten Klasse schreiten will. Mit den Bläuen kann es also nicht so schlimm gewesen sein, und jener hohe Beamte hat sich diese kleinen Tiere wahrscheinlich wo anders geholt.

Doch Scherlein! Sollte wirklich die Blaue bestehen, eine Fahrkartensteuer für die 4. Klasse von einem gewissen Betrage ab einzuführen, so müßten die Arbeiter dagegen ganz entschieden protestieren. Von einem gewissen Betrage ab heißt doch, daß gerade die teuren Fahrtkosten für Gemeinden besteuert werden sollen. Wenn also jemand aus irgend einem Grunde eine längere Reise unternehmen muß, — und der Arbeiter tut das in der Regel nicht zu seinem Vergnügen — dann soll er neben der teuren Fahrkarte noch eine Strafsteuer bezahlen. Also immer und immer wieder eine Belastung der ärmeren Schichten des Volkes. Als seinerzeit die Eisenbahnen verschärflich wurden, da sollte das geschehen, um des allgemeinen Verkehrs- und Volksinteresses willen. Jetzt ist die Eisenbahn anscheinend nicht mehr da, den Verkehr zu fördern, sondern lediglich um als Steuerquelle zu dienen. Auch das ist ein Stück Sozialpolitik, das charakteristisch für den jetzigen Kurs ist.

L. L.

meinbarbeiterverband, der in den in Frage kommenden Betrieben nur 5-7 Mitglieder aufweisen kann, allein zu handeln und über das Wohl von 300 Arbeitern einen Beschluss herbeiführen sich anstreht. Dieses Verhalten versucht in der Diskussion der Gauleiter des Gemeindearbeiterverbands zu recht fertigen, fand aber mit seinen Ausführungen keinen Anfang. Beim heutigen folgende Resolution einstimmig von der Versammlung angenommen: „Die heutige vom Ortsverein der städtischen Arbeiter Rüdersdorf einberufene Betriebsversammlung der Abteilung der Straßenreinigung und Abwasserabfuhr ist mit der Haltung der Gewerkschaften in der letzten Betriebsversammlung im Überbaumt vollständig einstimmig. Sie ist der Ansicht, dass das Berufsstreit der Arbeiter nur gewahrt wird durch ein gemeinsames Vorgehen aller in Betracht kommenden Organisationen. Sollte dieser Weg gegenwärtiger Verhandlung nicht betreten werden, so hält sie sich an einstellig gefasste Beschlüsse nicht gebunden. Alle Anwesenden verpflichten sich auf die Zukunft und die Stärkung ihrer Organisation einzutreten.“

Joh. Kraubenthaler, Schriftführer.

Berbands-Teil.

* Mitglieder des Zentralrats der Deutschen Gewerkschaften.

- G. Hartmann (Maschinenb.), NO. 55, Greifswalderstrasse 221/28.
- A. Strubel (Metallb.), NO. 55, Greifswalderstr. 221/28.
- H. Haßlitzel (Metallb.), O. 84, Kominternstr. 49.
- H. Möller (Metallb.), Hanfow d. B., Schenkenstr. 7 v. III.
- J. Trabert (Metallb.), NO. 55, Greifswalderstr. 221/28.
- E. Unzel (Raaff.), NW. 21, Alberstorferstr. 46.
- M. Menzel (Raaff.), S. 14, Dresdenstr. 80.
- G. Hahn (Fabr. u. Handarb.), Burg b. M., Franzosenstr. 47.
- H. Raab (Fabr. u. Handarb.), Burg b. M., Franzosenstr. 47.
- M. Dietrich (Fabr.), Alberstorferstr. 6 IV.
- H. Bierthub (Stahlh.), Spreeberg, Jägerstr. 6.
- H. Hüttig (Federbar.), NO. 55, Greifswalderstr. 221/28.
- R. Matthes (Gärtner), NO. 18, Straubergstr. 4.
- R. Schumacher (Bergg.), NO. 55, Greifswalderstr. 221/28.
- E. Bergmann (Graph. Berufe), NO. 55, Greifswalderstrasse 221/28.
- H. v. B. (Fabr.-Arb.), SW. 47, Kreuzbergstr. 72.
- G. Barthel (Käpfer), SO. 86, Maniesfeldstr. 7a.
- L. Uder (Gaubandb.), N. 37, Schreinerstr. 90.
- Franz F. Schöps (Kraut.), N. 28, Sineckapl. 1.
- H. Mohr (Bildh.), S. 59, Urbanstr. 180.
- H. Kopitz (Rohlförten), N. 37, Breitauerstr. 18.
- H. Scheffler (Schiffb.), SW. 29, Rohrlift. 53.
- W. Lindner (Schiffb., Orlan.), N. 37, Schönhauser Allee 10/12.

Gruppen-Begrüßungsfeier des Verbandes.
Mitteilung über eingehende Beiträge.

Montag April 1907:

Bauarbeiter: Berlin 277, 284, Königberg 4, 55, Weimar 8, 25, Düsseldorf 1, 16, Bielefeld 4, 16, Bozen 85, 98. **Widmungen:** Bielefeld 1, 16. **Zigarrenarbeiter:** Hagen 8, 25. **Bauteile:** Bielefeld 9, 74. **Gärtner:** und **Händler:** Berlin II 1, 17, Berlin III 0, 78, Langendorf

- 1, 82, Bensig 15, 80, Röhrbach 1, 56, Müller-Grauden 1, 17, Berlin XII 2, 82. **Raufende:** Berlin III 4, 58, Berlin XI 2, 82. **Maschinenbau u. Metallarbeiter:** Röderleben 5, 88, Berlin II 20, 05, Seelingsen 4, 89, Höppelingen 11, 70, Walmis 5, 85, Löwen 8, 77, Rathenow 13, 04, Münster-Berlin 8, 12. **Graphische Berufe:** Berlin I 12, 85, Berlin II 8, 12, Chemnitz 7, 84, Demmin 2, 86, Eberfeld 8, 20, Gera 4, 08, Naumburg 4, 68, Worms 8, 25, Leipzig 13, 06. **Tagesordnung:** Annaburg 2, 21, Reichenbach 20, 81, Fürth 5, 46, Großbreitenbach 0, 78, Zittau 2, 34, Übersicht 1, 00, Königsberg 26, 00, Wolfenbüttel 15, 51, Reichenbach 2, 47, Oberhausen 4, 68, Rudolstadt 15, 86, Gerau-Selketal 6, 89, Cappeln-Harzen 5, 85, Selb 6, 76, Lichtenfels 4, 29, Wittenberg 1, 95, Wolfsburg 9, 75, Henkel-Berlin 1, 17, Coburg-Berlin 1, 15, Röbel-Berlin 2, 24, Remmern-Reichenbach 1, 56, Graus-Wolfsburg 1, 05, Egger-Berlin 2, 08, Reichenbach 0, 78, Weiß-Woold 1, 48. **Schiffbauarbeiter:** Bremen 7, 80, Greifswald 1, 48. **Gärtner:** Berlin 1, 18, 09, Berlin II 4, 42, Breslau 1, 14, 72, Dresden II 7, 58, Danzig 4, 08, Dresden 4, 60, Eberfeld 3, 25, Greifswald 5, 00, Röbel 7, 76, Jena 5, 20, Königsberg 8, 18, Leipzig 5, 98. **Elektro.:** Bremen 8, 12, Raumkraut 8, 51, Olbersleben 3, 12, Bielefeld 0, 78, Borsig 18, 52, Quedlinburg 6, 24, Rathenow 8, 62, Schweinfurt 1, 69, Stolp 2, 06, Worms 0, 91, Trautmann-Zeitz 1, 04, Sippl-Berlin 0, 78. **Schuhmacher u. Schuharbeiter:** Bautzen 5, 85, Berlin I 11, 82, Berlin O. 9, 82, Bromberg 15, 84, Danzig 6, 63, Erfurt 2, 99, Frankfurt 7, 41, Frankfurt (111) 1, 17, Frankfurt 7, 02, Jägerswalde 5, 47, Saar 8, 25, Halberstadt 20, 02, Honeswatta 18, 72, Königberg 8, 12, St. Petersberg 6, 87, Wittenberg 18, 42, Bielefeld 2, 73, Wilhelm-Gaarn 8, 21, Elm 6, 89, Weissenfels 9, 19, Worms 10, 92, Bielefeld 4, 94, Bremkeleben (117) 2, 84, Schwerin 1, 04, Bitterfeld 8, 27, Weinheim 0, 78. **Schuharbeiter:** Berlin 18, 00, Chemnitz 16, 80, Duisburg 6, 89, Gablenz 2, 08, Großenhain 4, 81, Guben 2, 86, Halle-Wittenberg 49, 40, Bensig 8, 84, Gagau 15, 84, Bad-Salzuflen 5, 46, Lammenau 7, 54. **Töpfer:** Bitterfeld 27, 69, Duisburg (2850) 1, 04, Gräfenhain 13, 65, Jägerswalde 2, 99, Rathenow 24, 98, Bitterfeld 1, 69, Röbel (288) 1, 17, Oranien 1, 48. **Glasmacher:** 1010-35 1827.

Berlin, Juli 1907.

R. Klein, Hauptfassierer.

Versammlungen.

Berlin. **Diskussionsclub der Deutschen Gewerkschaften (D.G.).** Verbandsausschuss der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221/228. Mittwoch, 10. d. M. Vortrag des Kollegen Kunze: „Erliehungsfragen mit besonderer Berücksichtigung der Alsfeldfrage.“ Gäste willkommen. — **Sängerkorps der Deutschen Gewerkschaften (S.G.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungskunde in Verbandsraum der Deutschen Gewerkschaften (Greif. Saal). Jeden Freitag, abends 9-11 Uhr, Übungskunde in Verbandsraum der Deutschen Gewerkschaften (Greif. Saal). — **Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin V.** Sonnabend, den 20. Juli 1907.

Bankbeamter: Berlin 277, 284, Königberg 4, 55, Weimar 8, 25, Düsseldorf 1, 16, Bielefeld 4, 16, Bozen 85, 98. **Widmungen:** Bielefeld 1, 16. **Zigarrenarbeiter:** Hagen 8, 25. **Bauteile:** Bielefeld 9, 74. **Gärtner:** und **Händler:** Berlin II 1, 17, Berlin III 0, 78, Langendorf

stattangelegneten. 5. Verschiedenes. — **Maschinenbau und Metallarbeiter III.** Die Versammlung am 13. fällt aus. Sommerfest. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter IX mit XII.** Abends 8 Uhr Versammlung in Marienbad, Baffit. 85 36. Am 15. Juli, Ab. 8-10 Uhr Zablabend im Vereinslokal. — **Maschinenbau und Metallarbeiter X.** Abends 8 Uhr Bier. im Vereinslokal. Tagesordnung: Bericht. Versammlungsgelegenheiten. Einziehung der Duitungsbücher. **Maschinenbau und Metallarbeiter XI.** Abends 8½ Uhr bei Hochheim, Böckelerstr. 16, Kohlenbestellung. Vorles. des Kollegen Jöndorf. **Maschinenbau u. Metallarbeiter V.** Ab. 8½ Uhr Bier. Kottbusserstr. 4a. Tagesordnung u. a.: Vortrag des Verbandsobmanns. Kollegen 2. Lewin in über: „Internationale Versicherungssamt“. Regulatorposto. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XII.** Der Zablabend, 18. Juli aus. Sommerfest im Marienbadtheater, Baffit. 85 36. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 Uhr Versammlung in der Brauerei Grotterian, Schönhauser Allee 180.

Orts- und Medizinalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5½ Uhr, im Sohne des Herrn Böhl, Schule-Wattler, Diskussionsstunde. — **Moschen (Diskussionsclub).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Walbert, Jägerhof. — **Hamberg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz. in Hüttemanns Hotel, Poststraße, Diskussionsstunde. — **Spanien (Diskussionsclub der Deutschen Gewerkschaften, d. D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal am Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Westfälisches Sängerkorps der Deutschen Gewerkschaften.** Sonnabend, abends 9 Uhr, Bielefeld, Schäfferstr. 28. Gäste willkommen. — **Niedersachsen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat Vertretertag im Restaurant „Zur Post“, Jülicherstr. 72. — **Commerfeld-Gassen (Ortsverband).** Durchsetzung Gewerberelation erhalten 0,50 M. beim Verbandsobmannsleiter. — **B. Wörrin, Sommerfest.** Alte Böttcherstraße 100. — **Königsfelden.** Sonnabend, 12. Juli, abends 8½ Uhr, Ortsverbanderversammlung in Wilhelmshöhe (Fab. Höde). Um zehnjähriges Erreichen wird gebeten. — **Leuchtbildung u. Ausgegnest (Ortsverband).** Sonntag, 14. Juli, nachmittags 8½ Uhr, Versammlung in Weidelsleben, Gasthof zum weißen Schwan. Tagesordnung wird durch die Sozialpreise bestimmt gegeben. — **Wetter und Ausgegnest (Ortsverband).** Sonntag, 14. Juli, nachm. 4 Uhr Bier. bei Wwe. Luise, Strandhötel. Von 6 Uhr ab gemütliche Unterhaltung mit Familie. — **Chemnitz (Ortsverband).** Sonntag, 14. Juli, nachmittags 4 Uhr in Höhe beim Wirt Helmuth, Chausseestrasse 100. — **Wittenberg (Ortsverband).** 1. August, 1907.

Neuerungen bezw. Ergänzungen zum Alterschein. Berechtigt. — **Dresden (Ortsverein).** Oster Fahrt. — **Brauerei zum Schlosser,** Dresden, Borsigstr.; M. Kerner, Brauerei Schleswig bei Dresden, Kapitellstr. 28. **Kollekte, Brauerei Schleswig b. Dresden, Käffebier.** — **Chemnitz (Ortsverband).** Sonnabend, 12. Juli, abends 8½ Uhr, Übungskunde. — **Wittenberg und Ausgegnest (Ortsverband).** Sonnabend, 12. Juli, abends 8½ Uhr Bier. — **Brandenburg (Ortsverband).** Sonnabend, 12. Juli, abends 8½ Uhr, Übungskunde. — **Verbandsbureau:** Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23. — **Delegierungen nur an Verbandsklassen.** — **R. Klein,** Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Anzeigen-Teil.

■ Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ■

Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin V.
Neue Welt, Hasenheide
Sonnabend, den 20. Juli 1907

Grosses Sommerfest *
Doppel-Konzert, Spezialität-Vorstellung, Feuerwerk, Kinderleistungen aller Art, Familienfesttische u. s. w.

Sommernachtsball.
Wir ersuchen alle Verbandskollegen um recht rege Beteiligung. Für angenehme Unterhaltung ist bestens Sorge getragen. Billette à 20 Pf. sind beim Vorstand und an der Kasse zu haben.
H. Körner, Vorsitzender.

Ausbreitungs-Verband Sachsen-Anhalt.
Am Sonntag, den 21. Juli er. Jubel in Wieselsleben im Hotel „Kaisersaal“, Gölscheke Strasse, der diesjährige ordentliche Delegiertentag.

Beginn vormittags 11 Uhr.
Tagesordnung: 1. Befreiung der Pflichten. 2. Tätigkeits- und Jahresbericht. 3. Vortrag: Der 16. Verbandsitag und die Ausbreitungsverbände. 4. Anträge. 5. Untere Briefe. 6. Wahl des Vorsts. des Verbandes und des Direktes des nächsten Delegiertentages.
Der Vorstand,
J. L. A. Hubert, Schriftführer.

Betriebsvölkerbank: Seeser & Söhne, Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/23. — Drauf und Drauf: Goedede & Söhne, Berlin W., Goldammerstraße 110.

Der Gewerkverein Jahrgang 1906

auf jedem Papier gedruckt, derselbst gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

3,50, sonst 6 Mark.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.

Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Delegierungen nur an Verbandsklassen

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Verbandsgenossen laufen

niemals nach 8 Uhr abends



und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Gewerkschaften wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einsparung des Haushaltshaushaltes.

Technische Selbstunterrichtswerke
System Karach-Nackfeld
Elektrotechnik, Elektromotoren, Elektromagnete, Elektroinstallatoren, Elektroingenieur, Maschinenkonstrukteur, Werkmeister, Monteur, Werkzeug-Maschinenbauer, Baugewerkmeister, Zimmermeister, Maurermeister, Baumschäfer, Steinmetzmeister, Stukkateur, Tiefbautechniker, Eisenbahntechniker, Schlosser, Bau-schlosser, Kunstdisziplinen, Industrie- und Gewerbe-Erfolge, Auszeichnungsabzeichen, Preise und Anerkennungsabzeichen, preis. u. g. Bessens & Nachfeld, Potsdam-L. 6.

Döbeln. Durchschein erhalten in der herberg „Zur Helm“ freies Nachquartier und Frühstück. Kosten sind beim Kollegen Bensel in Stolzen's Kochenhandlung, Zwingerstr. zu entnehmen.

Offen (Miner). Herberge zur Heimat, Arbeitswohnung u. Verpflegungsstätten im Gewerbevereins-Saal, Post-Allee 16.

Witten (Ortsverband). Durchschein-Delegiertenfolgen erh. 75 Pf. Reiseunterstützung bei allen Ortsvereinsleistern ob. beim Verbandsfassierer Herrn G. Krumb. Breitestr. 7 Hof L.

Kottbus (Ortsverband). Durchschein-Delegiertenfolgen erh. 75 Pf. Reiseunterstützung bei Heinrich Diezemann, Biegstr. 7.

Witten. Verpflegungsstätten bei Heinrich Diezemann, Biegstr. 7.

Herr G. Sch. scheint die Roten gut zu kennen. Achtung einer anderen Meinung gibt es auf jener Seite nicht. Wer nicht in das uneingeschränkte Lob auf die Sozialdemokratie einstimmig einstimmt, gilt entweder als ein Arbeiterverräder oder als ein Dummkopf. Denkende Arbeiter werden sich ja dadurch nicht beeinflussen lassen. In den "freien" Gewerkschaften aber wird G. Sch. mit seinen bestürzenden Anschlüssen keinen Resonanzboden finden.

Unter dem Terrorismus der Pleitebewegten haben unsere Kollegen vom Gewerbeverein der Bauhandwerker besonders schwer zu leiden. Wie uns aus Wilmersdorf a. d. Ruhr mitgeteilt wird, gilt dort sein Mittel als zu schlecht, um die Gewerbevereine in den sozialdemokratischen Zentralverband der Maurer Deutschlands hinzubringen. Wer sich dazu nicht entschließen kann, hat unter allen möglichen Drangalierungen zu leiden. Vor seiner Verleumdung schreibt man auf gesuchter Seite zurück, und die ärgerlichsten Schimpfwörter werden gegen diejenigen gebraucht, die ihrer Überzeugung treu im Gewerbeverein bleiben. Dass auch unsere Organisation selbst dabei in den Schmutz gezogen wird, sei nur nebenbei erwähnt. Wie rücksichtslos die "Genossen" vorgehen, zeigt folgender Fall: Bei der Firma Siepke in Mülheim (Eifel), wurde einer unserer Kollegen ebenfalls bearbeitet, um ihn für den Zentralverband der Maurer zu gewinnen. Als er dem Druck nicht nachgab, sondern ebenfalls seiner Organisation treu blieb, legten hämische Maurer und Bauplakarbeiter die Arbeit nieder, was zur Folge hatte, dass der Kollege von dem Unternehmer entlassen wurde. Leider kommen derartige Dinge nicht vereinzelt vor. Schämen müssten sich aber diese Elemente, die nicht davor zurücktreten, einen Arbeitsgenossen lediglich deswegen um sein Vorrecht zu bringen, weil er seine eigene Meinung hat.

Auch auf Thürn wird uns ein Fall gemeldet, dass die "Moderaten" einen unserer Kollegen, der mit ihnen auf einen Bau arbeitete, mit aller Gewalt für ihren Zentralverband gewinnen wollten. Als alle Überredungskünste nichts nützten, wurden die üblichen Beleidigungen und Schimpfungen und Beleidigungen wiederholt. Die schwersten Beleidigungen wurden über unseren Kollegen ausgeschüttet, so dass er schließlich sich gezwungen sah, den größten Maulschild vor Gericht zu bringen. Die Folge war, dass dersegleich zu 20 Pf. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängnis verurteilt und ihm die Zugabe der Gerichtskosten auferlegt wurde. Schaden kann das dem überzeugigen Agitator nichts. Ob es freilich helfen wird, ist eine andere Frage.

Arbeiterbewegung. Die Bewegung im Berliner Baumgewerbe nimmt ihren Fortgang. Weisenlike Änderungen in der Situation sind bisher nicht zu verzeichnen. — In Hannover-Linden sind die Bauschlosser in den Ausstand getreten. Auf einen von ihnen der Schlosserinnung vorgelegten Tarifentwurf hatten sie eine ablehnende Antwort erhalten. Der vom Vorstand der Schlosserinnung gemachte Vorschlag, bei den einzelnen Meistern die Forderungen zu wiederholen, hat ebenfalls zu keinem Resultat geführt, so dass dann die Arbeitseinstellung beschlossen wurde. — Das von den ausständigen Seelenuten in Hamburg an den Verein der Reeder gerichtete Anerbieten, den Streit abzubauen, wenn die Unternehmer unter Vorstufe der Handelskammer oder einer anderen unparteiischen Körperschaft in Verhandlungen eintreten würden, ist von dem Vorstand des Reedervereins brüsk abgewiesen worden. Er beschloss, darauf überhaupt keine Antwort zu erstellen, da er jede Verbindung mit dem Sennheimsverband ablehnen müsse. — Buguntern der Arbeiter benötigt wurde die Lohnbewegung der Straßburger Holzgärtner. Sowohl den Wöbbelsdorffern als auch den Bautzern wurden Tarife bestimmt, die sowohl eine Verbesserung der Arbeitssicht als auch eine Erhöhung der Löhne gewährleisten. — Die Aussperrung der Metallarbeiter im Wupperthal ist mit dem 2. Juli aufgehoben worden. Trotzdem bestehen noch bei der Firma J. Jäger in Elberfeld Differenzen, da dieser sich weigert, die dem Metallarbeiterverband angehörenden Arbeiter wieder einzutun. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam mit dem Hinweise, ein zweites Mal darf keine Arbeit annehmen. — Die Differenzen in der Maschinenfabrik Cyllop in Berlin sind beigelegt, und die Ausständigen haben die Arbeit wieder aufgenommen. — In Köpenick und Friedrichshagen haben die Schmiede nach dreitägigem Streik einen Erfolg insbesondere erzielt, als sie eine wesentliche Erhöhung des Windeldhörs und eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden erzielten. Außerdem wurde ihnen eine Besserung der hygienischen Einrichtungen zugesprochen.

In Beuron (Franken) sind über 1000 Arbeiter einer großen Stofffabrik in Leipzig ins Leben gerufen. Nach einem vom Vorstand dieses Vereins an die Leipziger Arbeiterschaft gerichteten Aufruf kann die Mitgliedschaft der Kasse gegen einen Monatsbeitrag von 10 Pf. erworben werden. Die Kasse gewährt bei Arbeitslosigkeit eine Unterstützung von 6 Mr. pro Woche, die gegebenenfalls auf 9,80 Mr. steigen kann, und zwar hat der Arbeiter, der Mitglied ist, einen unmittelbaren rechtlichen Anspruch auf diese Unter-

stützung. Unter keinen Umständen soll die Kasse Nachzahlungen verlangen dürfen.

Soviel hört sich die Sache ganz gut an. Tropfend hängt wir dieser Gründung gegenüber recht erhebliche Bedenken. Ganz abgesehen davon, dass man zunächst nicht weiß, wer die Wacker bei dieser Kasse sind, sind wir der Meinung, dass in den Arbeiterorganisationen, besonders aber in den Deutschen Gewerbevereinen, gerade für Arbeitslosigkeit vorzüglich geforgt worden ist. Wer also sich dagegen stehet, der möge sich uns anschliessen. Ob bedarf solcher Neugründungen nicht, die leicht den Verdacht erwecken, dass man auf diese Weise die Arbeiter ihrer Organisationen entziehen will.

Auf den Inhalt der ersten Nummer näher einzugehen, erübrigt sich. Es ist darin in der Hauptseiche von dem Urturh der gelben Gewerkschaften und ihrem "Segen für die Arbeiterschaft" die Rede. Besonders ist aber, dass beinahe 5 Seiten gesetzt sind mit Inseraten großer Firmen, die sicherlich ein schönes Stück Geld kosten. Man erachtet daraus, dass die Herren Unternehmer nicht nach dem Kostenpunkt fragen, wenn es gilt, etwas für die lieben "Gelben" zu tun. Auch der Abonnementspreis von 20 Pfennig ist nur möglich, wenn die Unternehmer einen gehörigen Zufluss leisten. Man sollte es unter solchen Umständen wirklich nicht für möglich halten, dass Tausende von Arbeitern auf den Lohn gehen und sich den gelben Organisationen anschliessen. Um der scheinbaren Angabe willen, nehmen die Arbeitgeber derartige Kosten ganz gewiss nicht auf sich, einzig und allein ihre Vorteile haben sie im Auge. Wer das nicht erkennt, der muss mit Blindheit geschlagen sein. Aufgabe jedes denkenden Arbeiters muss es daher sein, immer und immer wieder auf die Gefahr hinzuweisen, die aus den gelben Gewerkschaften jeder gefunden

unter keinen Umständen soll die Kasse Nachzahlungen verlangen dürfen.

Soviel hört sich die Sache ganz gut an. Tropfend hängt wir dieser Gründung gegenüber recht erhebliche Bedenken. Ganz abgesehen davon, dass man zunächst nicht weiß, wer die Wacker bei dieser Kasse sind, sind wir der Meinung, dass in den Arbeiterorganisationen, besonders aber in den Deutschen Gewerbevereinen, gerade für Arbeitslosigkeit vorzüglich geforgt worden ist. Wer also sich dagegen stehet, der möge sich uns anschliessen. Ob bedarf solcher Neugründungen nicht, die leicht den Verdacht erwecken, dass man auf diese Weise die Arbeiter ihrer Organisationen entziehen will.

Einen sehr verständigen Vorschlag hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin gefasst. Am 1. Januar kommenden Jahres will er eine eigene Zahnlklinik einrichten, in welcher die Herstellung künstlicher Gebisse für die Arbeiter bewirkt werden soll. Rund 100.000 Mr. will die Versicherungsanstalt für diese Klinik aufwenden, die im Betriebsgebäude der Versicherungsanstalt selbst untergebracht werden soll.

Den anderen Landesversicherungsanstalten möchten wir dieses Vorgehen zur Nachahmung recht dringend empfehlen. Der Mangel eines guten Gebisses führt sehr häufig zu Magen- und Darmkrankheiten, die wiederum Invalidität zur Folge haben können. Deshalb muss die Errichtung einer Zahnlklinik nicht allein für die Arbeiter von Nutzen sein, die sich gesunde Verdauungsorgane erhalten wollen, sondern auch für die Versicherungsanstalt selbst, da auf diese Weise häufig der Invalidität vorgebeugt werden kann. Es werden also Renten gespart, so dass sich die Versicherung auf alle Fälle gut bezahlt machen wird.

Gewerbevereins-Teil.

§ Düsseldorf. Der Ortsverbandsausschuss hatte im Juli vorigen Jahres beschlossen, hier eine Auskunftsstelle zu errichten, wobei Rat und Auskunft in Krankenfassen, Industriellen sowie Unfallangelegenheiten ertheilt und die notwendigen Schriftstücke kostensfrei angefertigt werden sollten. Außerdem sollten auch von auswärtig eingehende Anfragen über hiesige Arbeiterverschäfte Beantwortung finden. Die Auskunftsstelle wurde auch ins Leben gerufen und unserm Verbandsvorsitzenden, Kollegen Max Riedel, übertragen. Riedel hat 40 Schriftstücke, welche den größten Teil Unfallangelegenheiten betreffen, angefertigt worden, ein Beweis, dass eine drastische Einschränkung durch den Vorstelle für die Mitglieder fehlt fass. Um ferner zu gegebener Zeit bei kommunalen Wahlen mitwirken zu können, ist eine Wahlkommission gebildet worden, welche aus dem Vorstand der hiesigen 6 Ortsvereine besteht und die Leitung des Verbandsvorsitzenden unterstellt ist. Hoffen wir, dass auch diese Arbeit zum Vorteil der Organisation ausfallen möge. Außerdem ist in jüngster Zeit eine Preiskommission gewählt worden, welche besonders, da wir jetzt für Sachen auch eine Tageszeitung erhalten haben, da wir jetzt Mitarbeit herangezogen werden wird. Die Kommission besteht aus den Kollegen Riedel, Schwarzbach und Krämer. So wird auch hier versucht, in jeder Weise unsere gute Sache vorwärts zu bringen. — Hoffen wir, dass der Vater der Kollegen und Kolleginnen nicht nachlässt und das gute gegenseitige Einvernehmen der hiesigen Ortsvereine bestehen bleibt. Denn nur auf diese Weise kann etwas Erfreuliches zum Besten der Allgemeinheit geschaffen werden. Die Preiskommission.

§ Gera. Der hiesige Ortsverband hielt am 29. Juni eine Versammlung ab, in welcher Kollege Sauer vertreten war. Dieser Vortrag über den Verbandsstag in Berlin hielt 16. ordentliche Verbandsversammlung fest besonders durch drei Punkte charakterisiert. Der Begründer unserer Organisation, unser unvergesslicher Kanzler Dr. Max Hirsch, war nicht mehr am Leben; Johann konnte der Verbandsstag im eigenen Hause abhalten werden; drittens aber halten wir zum ersten Male Gelegenheit, gesinnungsberechte Vertreter aus dem Auslande begrüßen zu können. Kollege Sauer ging jedoch zunächst auf die erfassten Berichte ein, wobei er auch den verstorbenen Kollegen Klawon erinnend gedachte. Er berührte seiner eingehend die Schlüsse, welche das Verbandsorgan, die Verbandsbeiträge, die Ausbreitungserwerbe und die Aufteilung von Beiträgen betreffen. Nach eingehender Erklärung aller dieser Dinge warf Riedel einen Rückblick auf die bisherige Tätigkeit der Gewerbevereine, welche mit Bildungsorten aller Art zu kämpfen hatten, die aber jetzt auf Grund des neuen Programms, auf dem Boden politischer und religiöser Realität sicherlich besser vorwärts kommen werden. Er betonte ferner, dass auf dem Verbandsstage energisch zum Ausdruck gekommen sei, dass die Gewerbevereine auf nationalem Boden stehen. Das weitere schilderte der Riedel die Gefahren, die durch die gelben Gewerkschaften, die deutsche Kultur, heranbeschwert werden, und sprach zum Schluss den Wunsch aus, dass durch unermüdliche Aufklärungsarbeit und Agitation es gelingen möge, die große Zahl der unorganisierten Arbeitnehmer für unsere Sache zu gewinnen. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, muss der Sieg unser werden. Am 15. Juli folgte Sauer noch eine überaus rege Diskussion, in welcher der Wunsch zum Ausdruck kam, dass die Verbandsleitung alles daran setzen möge, die Schlüsse in die Tat umzusetzen; dann werde der Verbandsstag wirklich einen Platz in der Geschichte der Deutschen Gewerbevereine bilden. Dem Kollegen Sauer an dieser Stelle nochmals besten Dank für seinen lehrreichen Vortrag!

Walter Schmidt, Ortsverbandsvorsitzender.

§ Herford. Der hiesige Ortsverband hielt am 29. Juni in Westig eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Kühl-Hagen über den

Die vorsichtige Einschränkung der Arbeitsleistung.

Seit einigen Jahren wird behauptet, daß namentlich seitens der Arbeiter versucht werde, ihre Arbeitsleistung in einem gegebenen Zeitraum zu verringern, um möglichst viele Arbeiter möglichst lange beschäftigt zu erhalten. Um die Berechtigung dieser Behauptung zu prüfen, hat das Arbeitsamt der nordamerikanischen Union in Washington in den Vereinigten Staaten und England Erhebungen angefertigt, deren Ergebnis im Auszuge im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wird.

Über den Umfang dieser Einschränkung ist darans so gut wie nichts zu erkennen. Dagegen wird in dem Bericht, auf den wir uns in folgendem beziehen, eine interessante Schilderung der verschiedenen Mittel gegeben, welche von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Einschränkung der Arbeitsleistung angewendet werden. Soweit es sich um Versuche der Arbeitgeber handelt, kommt es durchweg darauf an, durch Verminderung der Arbeitsintensität eine Einschränkung herbeizuführen. Dabei ist unter Arbeitsintensität nicht nur das Maß der körperlichen und geistigen Anstrengung des Arbeiters zu verstehen, sondern noch andere Faktoren, die die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters zu beeinflussen geeignet sind, wie die Anwendung von Maschinen, die Arbeitsteilung, überhaupt die gesamte Organisation der Arbeit sind dazu zu rechnen. Die Arbeitnehmer bezwecken mit der Verminderung der Arbeitsintensität in erster Linie, die Arbeitsleistung auf einen größeren Zeitraum ausdehnen, um dadurch vermehrte Arbeitsgelegenheit und dauernde Beschäftigung, möglichst das ganze Jahr hindurch zu haben und ferner ihre körperliche Arbeitsfähigkeit durch Vermeidung übermäßiger Anstrengungen möglichst lange zu bewahren. Als Kampfmittel ist die Einschränkung der Arbeitsleistung nur ganz vereinzelt in England zur Anwendung gelommen.

Die einfachste Form der Verminderung der Arbeitsintensität besteht in langwieriger Arbeit. Es werden aber auch Fälle verzeichnet, in denen die Anwendung von gewissen Maschinen seitens der Arbeitgeber gänzlich verboten oder beschränkt, oder der Einsatz neuer und verbesselter Maschinen widerstrebt wurde. In anderen Fällen wurde für die Bedienung einer Maschine eine größere Anzahl von Personen verlangt. Besonders deutlich aber tritt die Neigung zur Verringerung der Arbeitsleistung im Verhalten der Arbeitgeber gegenüber gewissen Entlohnungsmethoden hervor. So wird namentlich dem Stücklohnviertel vielfach Widerstand entgegengesetzt. Ganz besonders aber richtet sich die Abneigung der Arbeitgeber gegen die Gewährung von Prämien. Es gibt ferner aber auch in England und in den Vereinigten Staaten in einigen Gewerben, wie in der Eisenindustrie, der Maschinenindustrie, dem Bau- und Konfektionsgewerbe Arbeitnehmerorganisationen, welche auch für die gegen Beihilfe beschäftigten Arbeiter eine Höchstgrenze der täglichen Arbeitsmenge festgesetzt haben. Mehrfach hat man auch die Einführung von Mindestlöhnen durchzuführen versucht, die so hoch sind, daß es unumgänglich erscheint, auch den leistungsfähigsten Arbeitern höhere als die Mindestlöhne zu zahlen.

Es ist selbstverständlich, daß derartige Versuche nur da von Erfolg gekrönt sind, wo starke Arbeitnehmerorganisationen vorhanden sind, die verhindern, daß der Arbeitgeber einseitig seinen Herrenstandpunkt vertreibt. Es ist ferner selbstverständlich, daß die Bewegungsfreiheit des Arbeitgebers am meisten dort eingeschränkt ist, wo die Arbeitnehmerorganisationen einen für die Arbeitgeber obligatorischen Arbeitsnachweis eingeführt haben. In solchen Fällen muß der Arbeitgeber diejenigen Arbeiter einstellen, welche ihm zugewiesen werden, auch alte und leistungsunfähige Personen.

In dem von dem nordamerikanischen Arbeitsamt veröffentlichten Bericht werden aber ferner Mittel aufgezeigt, die sowohl von Arbeitgebern wie von Arbeitnehmern benutzt werden. Hierher gehören alle diejenigen Bestrebungen, welche die Zahl der Produzenten oder Konkurrenten in einem Gewerbe begrenzen wollen. So erstrecken auf der einen Seite Unternehmerverbände einen „geschlossenen Markt“, auf welchem Konkurrenten, die nicht dem Verbande angehören, nicht verkaufen können, während andererseits Arbeitnehmerorganisationen die Forderung nach der „geschlossenen Werkstatt“ erheben, in welcher Arbeiter, die nicht Mitglieder der Organisation sind, nicht beschäftigt werden sollen.

Was die Gründe betrifft, die sowohl von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zur Rechtfertigung der Versuche der Beschränkungen von Arbeitsleistung und Produktion angeführt werden, so betonen die Unternehmer vielfach die Notwendigkeit, nachteilige Schwankungen in der Produktion und im Absatz möglichst zu vermeiden, „stabile Verhältnisse“ zu schaffen. Außerdem führen sie an, daß „angemessene Gewinne“ erzielt werden müssen, damit das Kapital veranlaßt werde, der Industrie nützlich zu werden. Dieser Begründung seitens der Arbeitgeber entspricht bei den Arbeitern der Wunsch nach „angemessenen Löhnen“. Beide Parteien wollen ferner gewisse

„wohlerworbbene Rechte“ wahren. Der Unternehmer, der sich Kapital durch neue auftretende Konkurrenten, und der gelehrte Arbeiter, der die Früchte seiner Lehrzeit durch die Einstellung ungelernter Arbeiter gefährdet sieht, glaubt häufig berechtigt zu sein, sein Kapital oder seine Arbeitskraft durch Verhinderung des Aufkommen der Konkurrenz zu schützen. Für die von Arbeitseite erzielte Verminderung der Arbeitsintensität wird aber noch eine Reihe von anderen Rechtfertigungsgründen aufgeführt, eine derartige Beleidigung der Arbeitsleistung sei erforderlich, um die Gesundheit der Arbeiter zu bewahren, um den „Durchschnittsarbeiter“ zu schonen, um eine gute Qualität der hergestellten Produkte zu sichern, und um möglichst zahlreichen Arbeitern Beschäftigungsgelegenheit zu geben. Beißiglich der Ablehnung des Stücklohnsystems wird darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, die Arbeitsleistung nach der Tätigkeit der kräftigsten und stärksten Arbeiter zu beurteilen.

Interessant ist die weitere Mitteilung in dem amerikanischen Bericht, daß in einer Anzahl von Gewerben Tarifverträge abgeschlossen worden sind, in denen die Gewerkschaften sich ausdrücklich bereit erklärt haben, von aller vorjährigen Verminderung der Arbeitsleistung abzusehen. Mit der in den letzten Jahren eingetretenen größeren Ausbreitung der kollektiven Arbeitsverträge sind daneben die Bestrebungen nach Verminderung der Arbeitsleistung weniger hervorgetreten als früher. In Großbritannien hat man diese Wirkung ebenfalls, wenn auch nicht im gleichen Maße, verspürt.

Es möge bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß das Arbeitsamt der nordamerikanischen Union sich bei seinem Bericht in den Hauptabsatz auf die von Arbeitgebern gemachten Mitteilungen stützt. Daß dadurch der Bericht eine etwas parteiische Färbung erhält und zwar zugunsten der Arbeitnehmerorganisationen, ist ohne weiteres klar. Trotzdem läßt sich zwei gute Lehren daraus entnehmen: Der Bericht zeigt, welchen gewaltigen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse starke Organisationen gewinnen können, und gibt einen Ansporn auch für die deutschen Arbeiter, alles daran zu setzen, die Reihen ihrer Organisationen zu stärken, um sich den gebührenden Einfluß dem Unternehmertum gegenüber zu sichern. Andererseits aber können die Unternehmer, die wirklich eine Verminderung der Arbeitsleistung konstatieren zu können glauben, gerade aus den letzten Ausführungen erkennen, daß der Abschluß von Tarifverträgen mit den Organisationen der Arbeiter auch für sie nur von Vorteil sein kann.

L. L.

Politische Maßregelung eines Staatsarbeiters.

In unserer letzten Nummer teilten wir mit, daß in dem sogenannten Musterlande Baden einem Arbeiter Sch., — der vollständige Name ist Schäuble — weiser als sozialdemokratischer Stadtverordneter gewählt war, von seinem Arbeitgeber, dem Vorstand der Eisenbahnhauptwerkstätte, bedeckt worden ist, entweder als Stadtverordneter aus der sozialdemokratischen Partei auszuweisen, oder der Staatsservice zu verlassen. Sch. selbst, der kein wohlschätziger Roter zu sein scheint, fürchtet ab, wählt das erste und tritt aus der Partei aus. Darob erhob sich ein großer Entrüstungshurras weit über das rote Lager hinaus, und das mit vollem Recht. Zu dieser Angelegenheit geht uns aus Baden folgende interessante Zeitschrift zu:

In einer in Karlsruhe eingerufenen öffentlichen Versammlung stellte der Referent, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Gerd. Karlsruhe, die ganze Sache als eine Schiebung des Zentrums dar und sagte u. a. in seinem Referat: Die Regierung habe Angst bekommen vor der blöden Zentrumsfrage und vor dem Zentrum den Kopf gemacht. Sie habe dem rotenden Zentrums eine Opfer gebracht durch die politische Maßregelung eines Staatsarbeiters. Die Haltung der Zentrumsprese und besonders des „Bad. Beob.“ im Falle Sch. zeigten deutlich, was das Zentrum zu erwarten sei, wenn es die Macht bekommt. Bei der nächsten Wahl sollte mit dem Stimmzettel in der Hand gereitet werden.

Eine eigenartige Illustration zu dem schwierigen Kriegsfall in Baden und speziell in der Pfalz.

Was uns als Gewerkschafter bei der ganzen Sache interessiert, das ist die Maßregelung eines Arbeiters wegen seiner politischen Überzeugung durch einen Andersgefaßten, in diesem Falle durch seinen Arbeitgeber Staat. Wir stellen uns hier auf den Standpunkt des Demokraten Dr. Haas aus Karlsruhe, der diese Maßregelung auf das schärfste verurteilt hat. Dennoch sei es uns gestattet, einmal zu prüfen, ob nicht der Sozialdemokrat die Schamrothe ins Gesicht reißen müßt, wenn sie das fraurige Kapitel „Maßregelung wegen der Überzeugung“ anschlägt. Hat nicht gerade diese Partei in zahllosen Fällen da, wo sie Regierung war, die Macht hatte, an Andersgedachten genau so gehandelt? Können nicht Lausende ein Sieb davon

singen, wie sie von der roten Regierung zu politischen Helden gemacht wurden? Genau so wie hier Schäuble vom Staat gezwungen worden ist, das rote Gewand abzutragen, während er ruhig mit seinem roten Herz ein Stadtverordneter bleiben kann, so hat die Sozialdemokratie Lausende von Arbeitern zu einem solchen Wächterschiff gezwungen. Schäuble hat sich diesem Wächterschiff sicher nicht aus Überzeugung unterzogen, sondern damit er Ruhe hat, damit ihm der Brotdorf erhalten bleibt. Genau so haben Lausende und Abertausende, die durch die roten Machthaber gezwungen worden sind, einen solchen Wächterschiff vorgenommen, und noch tagtäglich dazu gezwungen werden, das getan, damit sie ruhig haben. Andernfalls könnten sie den auf sie ausgeübten Druck nicht ausstehen und hätten ihre Arbeitsergebnisse verloren. Bei den beiden mohrgegenden Regierungen steht also nur der Unterschied, daß die Gewänder verschieden gefärbt sind, die gewechselt werden müssen, und daß die eine Regierung Lausende maßregelt, während es bei der anderen hier nur um einen einzelnen handelt.

„Genosse“ G. d. begeht eine solche Handlungswaffe als erstaunlich. Das mögen sich seine Gewinnungsbrüder merken, wenn sie wieder einmal Gewerkschaften wegen ihrer Überzeugung brotlos machen.

Lebhaft können wir Gewerkschafter nach diesem Vorgange der Vorsicht für uns in Anspruch nehmen, daß die Überzeugungskräfte bei uns stärker ist als bei einem roten Stadtverordneten, da die meisten unserer Kollegen lieber auf ihrem Brotdorf verzichten, um nur an ihrer Überzeugung festzuhalten zu können. Jedenfalls ist dieser Fall Schäuble durchaus geeignet, die „Genossen“ einmal zur Selbstprüfung zu mahnen. Unsere Kollegen mögen den Herren das Urteil G. über die Handlungsweise der badischen Regierung übers unter die Nase reiben. Vielleicht ist noch Besserung möglich, wenn auch die Aussichten nur gering sind. Denn je sich die Sozialdemokratie von dem Fehler losgemacht hat, den sie heute der badischen Regierung vorwirft, eher dürfte die Zeit kommen, wo selbst in Preußen kein Staatssarbeiter mehr wegen derartiger Dinge gemahngestellt wird.

B.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 12. Juli 1907.

Die Nachfrage nach dem Verbandsabstimmungsprotokoll ist erfreulicherweise eine recht rege und lädt das Interesse der Verbandsgenossen an den Verhandlungen und Beschlüssen deutlich erkennen. Da die Auslage bereits festgelegt ist, es andererseits aber wünschenswert erscheint, daß jeder Ortsverein im Besitz von mindestens einem Exemplar ist, fordern wir hiermit nochmals auf, Bestellungen auf das Protokoll unter Einsendung von 1 M. für das Exemplar sofort an den Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 55, Kreiswalderstr. 221/23 gelangen zu lassen. Wir verweisen dabei nochmals auf die gediegene Ausstattung des Buches, das auch ein Bild sämtlicher Teilnehmer am Verbandsstage enthält und rein äußerlich jeder Bibliothek zum Schmuck gereicht. Gleichzeitig melden wir darauf an, daß auch noch Tätigkeitsberichte zum Preis von 10 Pf. für das Stück vom Verbandsbüro zu beziehen sind.

Der Begriff der Neutralität ist gegenwärtig Gegenstand der Diskussion im „Korrespondent“, dem Organ des deutschen Buchdruckerverbandes. Ein Kollege G. hatte in einem Artikel der Meinung Ausdruck gegeben, daß es doch „sichtig“ sei, neben einem Kollegen zu sitzen und mit ihm über die Besserung unserer Lage zu beraten, der Anhänger einer Partei ist, die die „Wucherverträge“ billigte. Dieser Kollege G. ist also Gegner der Neutralität und steht auf dem Standpunkt, daß alle Mitglieder des Buchdruckerverbandes auch Mitglieder der „alleinigen“ Arbeiterpartei, d. h. der Sozialdemokratie sein müssen. Eine treffende Antwort wird ihm darauf von einem anderen Buchdrucker G. Sch. antreten, der in der letzten Nummer des „Korrespondent“ sagt:

„Ja, mein lieber G. ist es denn für den Rebenmann nicht gerade so sichtig, wenn er sich neben den Anhängern jener Partei setzen mag, deren berüchtigte Vertreter mitunter ihrer Presse seit Jahren die Mitglieder des Verbandes bei der gesamten Arbeiterschaft in Wirklichkeit zu bringen suchen, umso verdienter führt, ja den ganzen verantwortlichen Generalstab“ als Vertreter an der Arbeiterschaft bezeichnet, von der blöden Beschimpfung unseres Organs und seines talentvollen Redakteurs noch ganz zu schweigen, und wenn man dann mit diesem Rebenmann noch in ein Hoch auf die Solidarität der Arbeiter einstimmen muß? Sie sehen, Kollege G., „sichtig“ kann die Sache für beide Seiten sein, und „sichtig“ kann sie auch falschlich der eine wie der andere. In Wirklichkeit ist die Neutralität aber nur für den Kollegen sichtig, der eben als Kapuzin und zum bezeichnet, welcher nicht bei jeder Gelegenheit mit ihm in dasselbe Horn bläst; für den Kollegen aber, der die Überzeugung aber noch zu achten versteht, kann es keine sichtlichen Seiten“ geben.